

## **Berlin (dpa) - Bundespräsident Johannes Rau hält Berlin als Standort eines «Zentrums gegen Vertreibungen» für sehr problematisch.**

Im Gespräch mit deutschen und polnischen Jugendlichen trat Rau am Freitag in Berlin für einen europäischen Dialog über Vertreibungen ein.

Eine derartige Gedenkstätte in Berlin wird vom Bund der Vertriebenen (BdV) seit langem gefordert. In Polen stieß dieser Plan auf heftige Kritik.

Nach Worten Raus muss eine Stätte der Erinnerung so ausgestaltet werden, dass Missverständnisse, wie sie jetzt in Polen herrschten, vermieden werden. Wer ein solches Zentrum in Berlin wolle, richte sich damit nicht gegen Polen, sagte der Bundespräsident. Es werde aber zu wenig berücksichtigt, dass es in Polen noch viele Familien gebe, die unter den Nazis gelitten hätten.

Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach hält hingegen an einem «Zentrum gegen Vertreibungen» in Berlin fest. Die CDU-Abgeordnete hatte zuvor in der Diskussion mit der deutsch-polnischen Jugendgruppe für das umstrittene Projekt geworben. Das Zentrum solle nicht nur das Schicksal deutscher Vertriebener, sondern auch das Leid anderer Vertriebener dokumentieren.

Die 70 Jugendlichen aus Deutschland und Polen wollen sich noch bis zum 3. Februar in der Bundeshauptstadt über das geschichtlich belastete Verhältnis der beiden Staaten informieren.

**Berlin (dpa) - «Was versperrt den Weg zur Wahrheit?» Warum ist das deutsch-polnische Verhältnis so schwierig?** Dies fragt ein polnischer Jugendlicher am Freitag in Berlin zwei deutsche Bundesabgeordnete: Erika Steinbach von der CDU und deren SPD-Kollegen Dietmar Nietan. Am Freitag begeben sich im Berliner Parlamentsviertel 70 Jugendliche aus Polen und Deutschland auf die Suche, wie man die Vergangenheit gemeinsam und glaubwürdig bewältigen kann. Am Nachmittag treffen sie dann auch Bundespräsident Johannes Rau.

33 Jahre ist es her, dass der damalige Bundeskanzler Willy Brandt vor dem Ghetto-Mahnmal in Warschau auf die Knie fiel. Doch obwohl inzwischen in Polen der Kommunismus fiel und das wiedervereinigte Deutschland die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, sind die Beziehungen nicht frei von Spannungen, Missverständnissen und Misstrauen.

In Steinbach haben die Jugendlichen auch gleich den richtigen Ansprechpartner. Der Bund der Vertriebenen, dessen Vorsitzende sie ist, fordert hartnäckig ein «Zentrum gegen Vertreibungen» in Berlin -und stößt damit in Polen auf fortgesetzte Kritik.

Von deren Auswüchsen zeigt sich auch Steinbach überrascht. «Als ich das Bild gesehen habe, war ich schon sprachlos. Mich mit einem Hakenkreuz auf dem Arm zu sehen, war wie ein Schlag in die Magengrube.» Steinbach - als Zweijährige mit ihrer Familie aus Westpreußen vertrieben - war von dem polnischen Magazin «Wprost» als SS-Reiterin auf Kanzler Gerhard Schröder dargestellt worden.

Viele Polen vermuten bis heute, dass die deutschen Vertriebenen mit einer solchen Gedenkstätte die Geschichte umschreiben wollen. Steinbach jedoch fühlt sich in ihrem Anliegen missverstanden: Man wolle doch auch der Opfer anderer Vertreibungen gedenken.

Die Polen bekamen in der Geschichte schon oft die Machtgier ihrer Nachbarn zu spüren. Unter dem Naziterror litten sie besonders. Die deutsche Zwangsarbeiter-Stiftung arbeitet gerade ein letztes Kapitel dieser Geschichte ab. Bis jetzt wurden mehr als 440 000 polnische Nazi-Opfer entschädigt. Den Blick in die Zukunft belasten Polens Rolle im Irak-Krieg und beim Scheitern einer EU-Verfassung.

Bundespräsident Johannes Rau bemüht sich seit vielen Jahren um den deutsch-polnischen Dialog. Im Gespräch mit den Jugendlichen mahnt er, Vorurteile abzubauen: Mit Blick auf den EU-Beitritt sorgten sich viele Polen, dass Deutsche dann ihr Land aufkauften. Die Deutschen wiederum fürchteten, dass aus Polen billige Arbeitskräfte kommen.

Zur Einstimmung in das schwierige Thema der gemeinsamen Vergangenheit zitiert Rau einen seiner Präsidenten-Vorgänger, Gustav Heinemann: «Die einzige Chance, dass die anderen vergessen, was wir ihnen angetan haben, ist, dass die Deutschen es nicht vergessen.»